



Antragsteller*in:

Students for Palestine Freiburg

Antragsinhalt:

Die Vollversammlung möge beschließen,

Erstens: die Zensur und Repression gegen Palästina-Solidarität, palästinensische Initiativen und Veranstaltungen durch die Universitätsleitung zu verurteilen.

Zweitens: die Universitätsleitung aufzufordern, ihre Repression und Zensur gegen mit Palästina solidarische Menschen, Gruppierungen und Veranstaltungen an der Universität zu stoppen, und palästinensische und Palästina-solidarische Initiativen sowie Veranstaltungen explizit zuzulassen.

Begründung:

Die Universität Freiburg unterdrückt systematisch palästinensische Stimmen, verhindert wissenschaftlichen Austausch und setzt dabei sogar Polizeigewalt ein (z. B. Alumni-Tag 2024, 24. Oktober 2024, als Studierende einen Dokumentar in der Universität zeigen und über Palästina sprechen wollten, und das Rektorat 30 Polizist*innen schickte, welche im Zuge dieser Maßnahme friedlichen Studierenden Gewalt antaten, in dem sie Betroffene eine Treppe herunter schubsten und verprügelten). Betroffen sind Gruppen wie Students for Palestine, Freiburg Initiative for Decoloniality, Academics for Palestine und Jüdische Stimme, sowie zahlreiche einzelne Studierende. Die Universität sollte Solidarität mit Palästina nicht unterdrücken – insbesondere angesichts des andauernden und mit deutschen Waffen verübten Völkermordes in Gaza. Universitäten haben die Pflicht, kritische Diskurse zuzulassen, besonders zu Themen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen.

Der ICJ prüft Israels Handeln unter der *Genozid-Konvention*, und hat bereits den Vorwurf für plausibel erklärt und provisorische Maßnahmen eingerichtet, die bis jetzt nicht eingehalten wurden– eine Universität, die sich als "mensenrechtsorientiert" inszeniert, darf eine kritische Auseinandersetzung mit den völkerrechts- und menschenrechtswidrigen Handlungen Israels nicht blockieren. Diesbezügliche Repressionen an Universitäten wurden bereits von der UN kritisiert, doch seither hat die Universität Freiburg repressive Maßnahmen und Zensur sogar erhöht.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).